

Finanzen und Steuern

Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts



1. Vierteljahr 2010

Erscheinungsfolge: Vierteljährlich
Erschienen am 23. August 2010
Artikelnummer: 2140200103214

Weitere Informationen zur Thematik dieser Publikation unter:
Telefon +49 (0) 611/ 75 4210; Fax: +49 (0) 611 / 75 4183;
www.destatis.de/kontakt

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Textteil

Gebietsstand und Zeichenerklärung
Vorbemerkung
Übersicht Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen
Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen

Tabellenteil

Eckwerte der öffentlichen Haushalte im 1. Vierteljahr 2010 und 2009

– Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Öffentliche Finanzen im 1. Vierteljahr 2010

1 Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts

– Kernhaushalte und Extrahaushalte –

1.1 Ausgaben, Einnahmen und Schulden nach Arten und Körperschaftsgruppen

Anhang

Zuordnungsschlüssel für den Tabellenteil
Ausgaben
Einnahmen
Besondere Finanzierungsvorgänge

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990

Die Angaben für das **frühere Bundesgebiet** beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990.

Die Angaben für die **neuen Länder** beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Angaben für **Berlin** beziehen sich auf Gesamtberlin (s. Punkt 13 "Spezielle Hinweise" in den methodischen Erläuterungen).

Zeichenerklärung

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

- = nichts vorhanden

. = Zahlenwert unbekannt

x = Tabellenfach gesperrt

Abkürzungen

Vj = Vierteljahr

Hj = Halbjahr

Mill. = Million

Mrd. = Milliarde

BGBI = Bundesgesetzblatt

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Alle Wertangaben in Euro.

Vorbemerkung

Durch die verstärkte Einführung der doppischen Buchführung bei den Gemeinden / Gemeindeverbänden in mehreren Ländern ergeben sich zunehmend Schwierigkeiten bei den Vorjahresvergleichen der Ergebnisse für die kommunalen Gebietskörperschaften. Daher sind insbesondere unterjährige Quartalsdaten für die Gemeinden / Gemeindeverbände ab dem 1. Vierteljahr 2008 nur noch mit Einschränkungen zu verwenden. Seit dem 3. Vierteljahr 2009 wird aufgrund der eingeschränkten Aussagefähigkeit auf den differenzierten Nachweis von Einzelquartalen vorerst verzichtet. Fehlerhafte Nachweise der doppisch buchenden Kommunen und der vollständige Ausfall von statistischen Meldungen rufen zum Teil starke Verzerrungen hervor. Daher enthält die vorliegende Veröffentlichung nur Eckwerte (Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen) für das 1. Vierteljahr 2010 sowie den Schuldenstand am Ende des Vierteljahres.

Die Ergebnisse für das 1. Vierteljahr 2009 wurden revidiert.

Informationen zu den vierteljährlichen Kassenergebnissen der staatlichen Haushalte unter:
Telefon: +49 611 75 4123 E-Mail: staatliche-haushalte@destatis.de

Weitere Informationen zu den Veröffentlichungen der Schuldenstatistik unter:
Telefon: +49 611 75 4203 E-Mail: schulden@destatis.de

Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen der vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts

Inhaltsübersicht

- 1 Allgemeine Angaben zur Statistik
- 2 Zweck und Ziele der Statistik
- 3 Erhebungsmethodik
- 4 Genauigkeit
- 5 Aktualität
- 6 Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit
- 7 Bezüge zu anderen Erhebungen
- 8 Erläuterungen zum Berichtskreis
- 9 Durchführung der Statistik
- 10 Finanzstatistische Begriffe
- 11 Zahlungsbereiche und finanzstatistische Bereinigung
- 12 Ergebnisdarstellung
- 13 Spezielle Hinweise

Qualitätsbericht und methodische Erläuterungen der vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

Die Kassenstatistik erfasst bei den öffentlichen Haushalten und ausgewählten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors (Kern- und Extrahaushalte) vierteljährlich für das abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten, die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und den Schuldenstand am Ende eines jeden Vierteljahres nach Schuldarten. Die Kassenstatistik gibt damit regelmäßig ein sehr aktuelles und umfassendes Bild des öffentlichen Gesamthaushalts.

1.1 Bezeichnung der Statistik

Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts

1.2 Berichtszeitraum

1. Januar bis 31. März (1. Quartal),
1. April bis 30. Juni (2. Quartal) bzw. 1. Januar bis 30. Juni (1.- 2. Quartal),
1. Juli bis 30. September (3. Quartal) bzw. 1. Januar bis 30. September (1.- 3. Quartal),
1. Oktober bis 31. Dezember (4. Quartal) bzw. 1. Januar bis 31. Dezember (1.- 4. Quartal)
sowie die Auslauperiode. In der Auslauperiode werden nach dem 31.12. Abschlussvorgänge auf das zurückliegende Jahr gebucht.

1.3 Erhebungstermine:

Für die Ausgaben und Einnahmen der staatlichen Haushalte vier Wochen und für die kommunalen Haushalte acht Wochen nach Quartalsende. Für die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors sowie für ausgegliederte Hochschulen mit eigenem Rechnungswesen sechs Wochen nach Quartalsende. Liefertermin für die Schulden der staatlichen Haushalte ist der 20. des auf das Quartal folgenden Monats, für die Schulden der Gemeinden und ausgegliederten Hochschulen mit eigenem Rechnungswesen acht Wochen nach Quartalsende und für die Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors sechs Wochen nach Quartalsende.

1.4 Periodizität:

vierteljährlich

1.5 Regionaler Erhebungsbereich:

Bundesgebiet

1.6 Erhebungsgesamtheit, Zuordnungsprinzip der Erhebungseinheiten:

Erhebungseinheiten sind die Kernhaushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.), die Sozialversicherung, die Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Sozialversicherung, sowie die Finanzanteile an der Europäischen Union. Erfasst werden die Ist- Ausgaben und Ist-Einnahmen der staatlichen Haushalte sowie der kameral buchenden kommunalen Haushalte, die Ein- und Auszahlungen der doppisch buchenden kommunalen Haushalte, die Erträge, Aufwendungen, Investitionsausgaben und Verbindlichkeiten der Extrahaushalte, darüber hinaus die Schulden. Im Einzelnen zählen zu den Erhebungseinheiten nach Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG):

- **der Bund**
- **die Extrahaushalte des Bundes:**
ERP-Sondervermögen (European Recovery Program), Bundeseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Versorgungsrücklage, Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“, Versorgungsfonds, Finanzmarktstabilisierungsfonds, Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“, sonstige Extrahaushalte des Bundes.
- **Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile)**
In Anlehnung an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die aus der Bundesrepublik Deutschland direkt an die EU abgeführten Einnahmen (Mehrwertsteuer-Eigenmittel, Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel, Zölle, Agrarabschöpfungen) sowie die Marktordnungsausgaben der EU an Inländer in die vierteljährliche Kassenstatistik einbezogen.
- **die Länder einschl. Stadtstaaten Berlin, Bremen, Hamburg**
- **die Extrahaushalte der Länder**
Ausgegliederte Hochschulen mit eigenem Rechnungswesen, aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederte Statistische Ämter der Länder und Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr und für Datenverarbeitung und Informationstechnik, Sondervermögen Versorgungsrücklage, sonstige Extrahaushalte der Länder.
- **die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.)**
- **die Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit**
gesetzliche Krankenversicherung, gesetzliche Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung, Alterssicherung für Landwirte und Bundesagentur für Arbeit ("Sozialversicherung").
Um den Berichtskreis der Sozialversicherungshaushalte vollständig nachweisen zu können, werden die Daten der vierteljährlich nicht berichtspflichtigen gesetzlichen Unfallversicherungsträger geschätzt.

- **Extrahaushalte der Sozialversicherung**
Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit, Sonstige.

In den vierteljährlichen Kassenergebnissen nicht erfasst werden die Ausgaben, Einnahmen und der Schuldenstand der kommunalen Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.

1.7 Rechtsgrundlagen, Verordnungen, Empfehlungen:

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2580), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).

1.8 Geheimhaltung und Datenschutz:

Die vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts sind allgemein zugänglich. Sie unterliegen keiner Geheimhaltung. § 15 FPStatG lässt die Veröffentlichung von Ergebnissen auf der Ebene der Erhebungseinheit zu.

2 Zweck und Ziele der Statistik

2.1 Erhebungstatbestände:

Nach § 3 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2, Abs. 4 Nr. 2 sowie nach § 5 Nr. 2 FPStatG werden in der Statistik der vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts bei den staatlichen und kommunalen Kernhaushalten für das abgelaufene Quartal

- die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen bzw. Ein- und Auszahlungen (der nach den neuen doppischen Gemeindehaushaltsrecht buchenden Gemeinden/Gv.) in der Gliederung nach Arten
- die Bauausgaben der staatlichen Haushalte nach Aufgabenbereichen und die Ausgaben oder Auszahlungen für Baumaßnahmen der kommunalen Haushalte nach Aufgabenbereichen oder Produktgruppen
- die Ausgaben oder Auszahlungen für soziale Sicherung der kommunalen Haushalte nach Aufgabenbereichen oder Produktgruppen
- der Schuldenstand nach Arten am Ende eines jeden Vierteljahres

erfasst.

Nach § 3 Abs. 8 sowie nach § 5 Nr. 2 FPStatG werden in der Statistik der vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts bei den Extrahaushalten (staatlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors)

- die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen oder die Aufwendungen und Erträge sowie die Ausgaben für Investitionen nach Arten
- der Schuldenstand nach Arten am Ende eines jeden Vierteljahres

erfasst.

2.2 Zweck der Statistik:

Die vierteljährliche Kassenstatistik des öffentlichen Gesamthaushalts ist die aktuellste Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Sie zeigt, welche Einnahmen den öffentlichen Haushalten und den Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors zugeflossen sind, welche Ausgaben sie damit finanzieren konnten und in welchem Umfang sie darüber hinaus auf Fremdmittel (Verschuldung am Kreditmarkt) oder auf Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos zurückgreifen mussten. Die Belastung der öffentlichen Haushalte künftiger Jahre aus den aufgenommenen Fremdmitteln ergibt sich aus dem öffentlichen Schuldenstand.

2.3 Hauptnutzer der Statistik:

Die vierteljährlichen Kassenergebnisse sind Basisdaten für die Berichterstattung zur stabilitätsorientierten Finanzpolitik der EU-Mitgliedsstaaten (Stabilitätspakt) durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und durch die Deutsche Bundesbank. Zu den Hauptnutzern der Statistik zählen Bundes- und Länderministerien, vor allem Finanz-, Innen- und Wirtschaftsministerien und das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Deutsche Bundesbank, Universitäten und Wirtschaftsforschungsinstitute, Rechnungshöfe und kommunale Spitzenverbände, Eurostat und Internationaler Währungsfonds (IWF).

2.4 Einbeziehung der Nutzer:

Die seitens der Nutzer gewünschten Veränderungen im bestehenden Erhebungsprogramm lassen sich ausschließlich mittels Änderungen des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) umsetzen. Das Statistische Bundesamt ist ständig in den für die öffentlichen Haushalte zuständigen Bund-Länder-Gremien der Finanz- und Innenministerien vertreten. Darüber hinaus sind die Bundesministerien, die statistischen Ämter der Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft im Statistischen Beirat vertreten, der nach § 4 BStatG das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen berät. Fachspezifische Fragen oder Anregungen werden dabei in den vom Statistischen Beirat eingesetzten Fachausschuss "Finanz- und Steuerstatistik" eingebracht.

3 Erhebungsmethodik

3.1 Art der Datengewinnung:

Basis der Datenerfassung sind die vierteljährlichen Kassenabschlüsse der Gebietskörperschaften sowie der sonstigen zu den Erhebungseinheiten gehörenden Institutionen. Für die Erhebung besteht nach § 11 FPStatG Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Finanzminister und -ministerinnen und Finanzsenatoren und -senatorinnen sowie die Leiter und Leiterinnen von gegebenenfalls auch Erhebungseinheiten oder der für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zuständigen Stellen, die Träger oder Eigner dieser Erhebungseinheiten. Es handelt sich um eine Vollerhebung.

3.2 Erhebungsinstrumente und Berichtsweg:

Die Daten der öffentlichen Haushalte werden den vierteljährlichen Kassenabschlüssen der Gebietskörperschaften entnommen (sog. Sekundärstatistik). Berichtsstellen des Statistischen Bundesamtes für die staatlichen Vierteljahresergebnisse sind das Bundesfinanzministerium und die Länderfinanzministerien bzw. die Statistischen Landesämter.

Die Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte werden von den Statistischen Landesämtern erfasst und zu Landesergebnissen zusammengestellt an das Statistische Bundesamt gemeldet.

Die finanzstatistischen Ergebnisse für die Sozialversicherung werden dem Statistischen Bundesamt je nach Versicherungszweig entweder vom Bundesministerium für Gesundheit oder direkt von den Versicherungsträgern gemeldet. Die Daten für die Unfallversicherung werden vom Statistischen Bundesamt geschätzt. Für den Bereich der Sozialversicherung werden keine Schuldendaten erhoben.

Die Daten der kaufmännisch buchenden Extrahaushalte (Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors) werden direkt bei den Erhebungseinheiten erhoben (sog. Primärstatistik). Bei allen Einheiten, an denen mehrheitlich der Bund beteiligt ist, wird die Befragung zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die übrigen Einheiten werden je nach ihrem Sitz vom zuständigen Statistischen Amt des Landes befragt.

3.3 Belastung der Auskunftspflichtigen:

Die finanzstatistische Erfassung der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Kernhaushalte basiert auf der einheitlichen Anwendung abgestimmter Systematiken für die Haushalte des Bundes und der Länder einerseits sowie der Gemeinden/Gv. andererseits. Die Bindung an den haushaltssystematischen Rahmen stellt sicher, dass die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben unmittelbar entsprechend der Untergliederung der Haushaltssystematiken aus den öffentlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungsunterlagen entnommen werden können, ohne die Erhebungseinheiten durch Datenbereitstellung und -transfer zusätzlich zu belasten. Die Regelung der derzeit geltenden Fassung des FPStatG sieht generell die medienbruchfreie elektronische Übermittlung aller finanzstatistischen Daten unmittelbar aus den Rechnungssystemen vor.

Die Angaben der Extrahaushalte entnehmen die Erhebungseinheiten aus ihren Rechnungsunterlagen.

Für die öffentlichen Schulden liegen aktuell keine einheitlich verbindlich festgelegten Rechnungsunterlagen vor. Der langjährig eingesetzte Schuldenfragebogen wird daher aus den jeweils vorhandenen Verwaltungsunterlagen bedient. Mit der künftigen Anwendung des abgestimmten Kontenrahmens wird angestrebt, dass auch in diesem Bereich die Statistikmeldungen direkt aus der Buchführung entnommen werden können.

3.4 Dokumentation des Fragebogens:

Keine Primärerhebung der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Die vierteljährlichen Daten der kaufmännisch buchenden Extrahaushalte werden mittels Fragebogen erhoben.

4 Genauigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit:

Die Daten der Kernhaushalte werden zum Zeitpunkt der Kassenwirksamkeit erfasst. Die Vierteljahresdaten für die gesetzliche Unfallversicherung werden auf Basis der Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts geschätzt.

Die Daten der kaufmännisch buchenden Extrahaushalte werden mittels Fragebogen erhoben und plausibilisiert. Die kamerale Haushaltsystematiken von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv. sind Gliederungsschemata für die Erhebung der finanzstatistischen Daten. Umfangreiche Plausibilitätskontrollen, die die Einhaltung der fachlichen Regelungen der Haushaltssystematiken prüfen, sowie die Abstimmung mit den entsprechenden Daten (Counter Parts) anderer Institutionen sollen die Datenqualität sichern. Aus Aktualitätsgründen werden - bei verspäteter Lieferung einzelner Berichtsstellen - Schätzungen auf Basis der Anteile der Vorberichtsperiode durchgeführt.

Durch die sukzessive Einführung der doppischen Buchführung bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden in mehreren Ländern ergeben sich zunehmend Schwierigkeiten bei den Vorjahresvergleichen der Ergebnisse für die kommunalen Gebietskörperschaften. Durch fehlerhafte Nachweise der doppisch buchenden Kommunen und den Ausfall von statistischen Meldungen treten z. T. starke Schwankungen auf. Daher sind insbesondere unterjährige Quartalsdaten für die Gemeinden/Gemeindeverbände ab dem 1. Vierteljahr 2008 nur noch mit Einschränkungen zu verwenden. Auf den differenzierten Nachweis des Einzelquartals wird aufgrund der eingeschränkten Aussagefähigkeit verzichtet, s. auch 13 Spezielle Hinweise.

4.2 Stichprobenbedingte Fehler:

Keine, da Vollerhebung.

4.3 Nicht-stichprobenbedingte Fehler:

Keine

4.4 Fehler in der Erfassungsgrundlage:

Die vierteljährlichen Kassenergebnisse der Kernhaushalte des Bundes und der Länder werden auf rechnerische Richtigkeit, Vollständigkeit und Einhaltung der vorgegebenen einheitlichen Haushaltssystematik überprüft und gegebenenfalls unter Einbeziehung der Berichtsstellen korrigiert. Zur Qualitätssicherung der Vierteljahresdaten werden maschinelle Summenkontrollen und Vorjahresvergleiche durchgeführt. Plausibilitätsprüfungen durchlaufen auch die von den Extrahaushalten des Bundes und der Länder erhobenen Vierteljahresdaten.

4.5 Antwortausfälle auf der Ebene statistischer Einheiten:

Aus Aktualitätsgründen werden - bei verspäteter Lieferung einzelner Berichtsstellen - Schätzungen auf Basis der Anteile der Vorberichtsperiode durchgeführt sowie bei den ausgegliederten Hochschulen mit eigenem Rechnungswesen die Daten der jeweiligen Vorjahres quartale eingesetzt.

4.6 Antwortausfälle auf der Ebene statistischer Merkmale:

Keine

5 Aktualität

Vorläufige vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts (Kernhaushalte und Extrahaushalte) werden spätestens am letzten Werktag des Quartals, das dem Berichtszeitraum folgt, in einer Pressemeldung veröffentlicht. Für die Pressemeldung wird eine - oftmals noch vorläufige und geschätzte Daten enthaltende - Eckwertetabelle erstellt.

Endgültige Ergebnisse in detaillierter Gliederung nach Arten liegen dadurch, dass vorläufige bzw. geschätzte durch endgültige Daten ersetzt werden und aufgrund des dann notwendigen erneuten Aufbereitungsverfahrens, im Regelfall ca. 6 bis 8 Wochen nach der Presseveröffentlichung vor und werden in der vorliegenden Fachserie veröffentlicht.

In der Fachserie werden in der Regel sowohl die Daten der Einzel quartale als auch kumulierte Ergebnisse - ab dem zweiten Quartal das Halbjahresergebnis, danach das Ergebnis der ersten drei Quartale und schließlich das Jahresergebnis - veröffentlicht.

Durch die sukzessive Einführung der doppischen Buchführung bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden in mehreren Ländern ergeben sich zunehmend Schwierigkeiten bei den Vorjahresvergleichen der Ergebnisse für die kommunalen Gebietskörperschaften. Daher sind insbesondere unterjährige Quartalsdaten für die Gemeinden/Gemeindeverbände ab dem 1. Vierteljahr 2008 nur noch mit Einschränkungen zu verwenden. Seit dem 3. Vierteljahr 2009 wird aufgrund der eingeschränkten Aussagefähigkeit auf den differenzierten Nachweis von Einzel quartalen vorerst verzichtet.

6 Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit

Die dargestellten vierteljährlichen Kassenergebnisse entsprechen sachlich und systematisch jeweils dem Stand des aktuellen Berichtsjahres. Vergleichsdaten des zurückliegenden Jahres sind - soweit wie möglich - an diesen Stand angepasst. Der Vergleich mit den Ergebnissen vorangegangener Berichtsjahre ist jedoch nicht immer möglich. So wurde beispielsweise der Fonds "Aufbauhilfe" mit Ablauf des Jahres 2006 aufgelöst, der "Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V." sowie das Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau" als Erhebungseinheiten ab dem Berichtsjahr 2007 und das Sondervermögen "Versorgungsfonds" ab dem 1. Vierteljahr 2008, der Sonderfonds "Finanzmarktstabilisierung" ab dem 4. Vierteljahr 2008, der Investitions- und Tilgungsfonds ab dem 1. Vierteljahr 2009 und das Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“ ab dem 4. Vierteljahr 2009 in den Berichtskreis aufgenommen. Die regionale und zeitliche Vergleichbarkeit der vierteljährlichen Kassenergebnisse wird zudem dadurch eingeschränkt, dass der Ausgliederungsprozess von Einrichtungen aus den öffentlichen Haushalten in den Bundesländern unterschiedlich weit fortgeschritten ist. Durch die Darstellung des öffentlichen Gesamthaushalts einschließlich Extrahaushalte ab dem Berichtsjahr 2007 werden durch Ausgliederungen auf Bundes- und Landesebene verursachte Vergleichsstörungen weitgehend beseitigt. Jedoch sind die vierteljährlichen Kassenergebnisse ab 2007 durch diese Erweiterung mit den Ergebnissen der Vorjahre nicht vergleichbar.

7 Bezüge zu anderen Erhebungen

Die vierteljährlichen Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte fließen in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein.

Das Jahresergebnis (1.- 4. Quartal) der vierteljährlichen Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte stimmt nicht mit den tiefer gegliederten Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts überein. Gründe sind Abweichungen bei den Erhebungseinheiten und Unterschiede in der Datengewinnung und -verarbeitung sowie in der periodischen Abgrenzung.

Aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederte Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die sich in der Trägerschaft der öffentlichen Hand befinden bzw. an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist, werden in der Jahresabschlussstatistik öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erfasst. Die Schulden dieser Einheiten werden jährlich erfasst und in der Fachserie 14, Reihe 5, Tabellen 11.1 und 11.2 nachgewiesen. Die Finanzen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) dem Sektor Staat zuzurechnen sind, werden ab 2006 auch vierteljährlich erfasst.

8 Erläuterungen zum Berichtskreis

Extrahaushalte des Bundes

ERP-Sondervermögen

Das ERP-Sondervermögen (die Abkürzung ERP steht für European Recovery Program - Europäisches Wiederaufbauprogramm) entstand im Zusammenhang mit dem amerikanischen Marshallplan nach dem zweiten Weltkrieg.

Ursprünglich hatte das ERP-Sondervermögen mit seinen Mitteln zum Wiederaufbau Deutschlands beigetragen. Das ERP-Sondervermögen dient heute vor allem der Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, der Förderung des Umweltschutzes sowie für Maßnahmen in regionalen Fördergebieten.

Bundeseisenbahnvermögen (BEV)

Dieses im Zuge der Bahnreform gegründete Sondervermögen (vgl. Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens vom 27. Dezember 1993, BGBl. I. S. 2378) verwaltet die Altschulden der ehemaligen Unternehmen "Deutsche Bundesbahn" und "Deutsche Reichsbahn" und ist Dienstherr der der Bahn AG zugewiesenen Beamten. Ab 1996 ist die Ermächtigung des BEV zur Nettokreditaufnahme grundsätzlich weggefallen. Der Bund trägt ab diesem Zeitpunkt die Aufwendungen, die das BEV nicht durch eigene Einnahmen decken kann, durch entsprechende Erstattungen. Ab 1.7.1999 sind die Schulden dieses Sondervermögens auf den Bund übergegangen und werden dort nachgewiesen (siehe 13).

Erblastentilgungsfonds

Der durch Art. 38 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms errichtete Erblastentilgungsfonds übernimmt ab 1. Januar 1995 die bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Verbindlichkeiten des Kreditabwicklungsfonds. Darüber hinaus sind in dem Fonds Teile der Altverbindlichkeiten der Wohnungsbauunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von rund 16 Mrd. EUR sowie die Verbindlichkeiten der in der bisherigen Form zum Jahresende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt in Höhe von rund 105 Mrd. EUR zusammengefasst. Ab 1.7.1999 sind die Schulden dieses Sondervermögens auf den Bund übergegangen und werden dort nachgewiesen (siehe 13).

Entschädigungsfonds

Der Entschädigungsfonds ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes. Aus ihm werden die auf der Grundlage des Vermögensgesetzes sowie des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes (EALG- BGBl. I. S. 2624 vom 27.9.1994) zu leistenden Zahlungen finanziert. Einnahmen und Ausgaben des Entschädigungsfonds werden ab dem ersten Vierteljahr 1995 nachgewiesen, die Schulden erst ab dem 1. Vierteljahr 1997. Der Entschädigungsanspruch wird durch Zuteilung von Schuldverschreibungen erfüllt, die erst ab dem 1.1.2004 zu verzinsen und in fünf gleichen Jahresraten per Auslosung zu tilgen sind.

Versorgungsrücklage des Bundes

Der Bund hat mit dem Versorgungsrücklagegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. März 2007 (BGBl. I, S. 482), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3245) das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Bundes" errichtet. Die Aufgabe des Sondervermögens ist es, auch in Zukunft die Versorgungsaufwendungen für die Bundesbeamten zu sichern. Zu diesem Zweck werden dem Sondervermögen jährlich Mittel zugeführt, die sich nach § 14a Abs. 2 bis 3 des Bundesbesoldungsgesetzes durch die Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsausgaben des laufenden Jahres und der Vorjahre ergeben. Das Sondervermögen wird nach Abschluss der Mittelzuführungen ab 1. Januar 2018 über einen Zeitraum von 15 Jahren zur schrittweisen Entlastung von Versorgungsaufwendungen eingesetzt.

Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V. (BPS-PT)

Aufgabe des 2001 entstandenen Bundes-Pensions-Services für Post- und Telekommunikation e.V. (BPS-PT) ist die Auszahlung von Versorgungs- und Beihilfeleistungen an Ruhestandsbeamte und -beamtinnen der Deutschen Bundespost und ihrer Nachfolgeunternehmen sowie deren Hinterbliebene. Die Finanzierung tragen der Bund und die Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost.

Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau"

Mit dem zum 31. Dezember 2007 errichteten Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau" sollen Investitionen zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gefördert werden.

Versorgungsfonds des Bundes

Zur Finanzierung der Versorgungsausgaben (Versorgungsaufwendungen und Beihilfen) für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen, Richter, Berufssoldatinnen, Berufssoldaten und Beschäftigte, denen eine Anwartschaft auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen gewährleistet wird, deren Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis zu einem der im Versorgungsrücklagegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. März 2007 (BGBl. I S. 482), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3245) § 13 Abs. 1 genannten Dienstherrn erstmals nach dem 31. Dezember 2006 begründet worden ist, wird ein Sondervermögen unter dem Namen "Versorgungsfonds des Bundes" errichtet.

Ab dem Jahr 2020 entstehende Versorgungsausgaben für den genannten Personenkreis sowie Ausgaben, die anstelle von Versorgungsausgaben für diesen Personenkreis geleistet werden, werden den die Versorgungsausgaben anordnenden Dienststellen der in § 13 Abs. 1 genannten Dienstherrn aus dem Sondervermögen "Versorgungsfonds des Bundes" erstattet. Das Bundesministerium des Innern regelt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen das Nähere zum Erstattungsverfahren durch Rechtsverordnung.

Finanzmarktstabilisierungsfonds

Der Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS oder SoFFin) wurde 2008 als nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes auf der Grundlage des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes (FMSStFG) im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes (FMStG) errichtet. Der Fonds dient der Stabilisierung des Finanzmarktes durch Überwindung von Liquiditätsengpässen und durch Schaffung der Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Eigenkapitalbasis von Unternehmen des Finanzsektors.

Dazu stehen ihm drei Instrumente zur Verfügung: Zur Absicherung von Refinanzierungsgeschäften zwischen den Finanzinstituten kann der Fonds Garantien in Höhe von bis zu 400 Mrd. Euro übernehmen. Bei Inanspruchnahme ist eine Gebühr an den Fonds zu entrichten. Als Vorsorge für mögliche Ausfälle aus diesen Garantieübernahmen steht dem Fonds eine Summe von 20 Mrd. Euro zur Verfügung. Weiterhin kann sich der Fonds an Finanzinstituten über eine Zuführung von Eigenkapital beteiligen (Rekapitalisierungen) sowie Risikopositionen (z.B. Forderungen) von Finanzunternehmen erwerben oder auf andere Weise absichern. Für diese beiden Instrumente verfügt der Fonds über Mittel von maximal 80 Milliarden Euro. Die Stabilisierungsmaßnahmen des Fonds sind bis zum 31. Dezember 2009 befristet. Für die möglichen Verluste werden der Bund zu 65 Prozent und die Länder zu 35 Prozent, maximal aber 7,7 Milliarden, aufkommen. Soweit Landesbanken durch Maßnahmen des Fonds unterstützt werden, tragen die Länder die Defizite.

Verwaltet wird der Fonds von der neu errichteten Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA), die bei der Deutschen Bundesbank angesiedelt, jedoch organisatorisch getrennt von dieser ist.

Investitions- und Tilgungsfonds (ITF)

Der Investitions- und Tilgungsfonds wurde als nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes auf der Grundlage des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 errichtet. Gemäß dem Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITFG) sollen aus dem Sondervermögen Maßnahmen des Konjunkturpakets der Bundesregierung vom 14. Januar 2009 bis zu einem Betrag von 20,4 Milliarden Euro finanziert werden, und zwar:

- Finanzhilfen für zusätzliche Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder mit bis zu 10 Milliarden Euro,
- Investitionen des Bundes mit bis zu 4 Milliarden Euro,
- Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage mit bis zu 5,0 Milliarden Euro,
- Ausweitung des zentralen Innovationsprogramms Mittelstand mit bis zu 900 Millionen Euro und
- Förderung anwendungsorientierter Forschung im Bereich Mobilität mit bis zu 500 Millionen Euro.

Das Sondervermögen wird mit der Tilgung seiner Verbindlichkeiten aufgelöst.

Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“

Das Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“ ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes. Es wurde auf Grundlage des Schlusszahlungsfinanzierungsgesetzes (SchlussFinG) vom 6. Juli 2009 (BGBl. I S. 1702) errichtet. Durch Zuführung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt soll Vorsorge für die Inflationsentwicklung während der Laufzeit von inflationsindexierten Bundeswertpapieren getroffen werden. Bei Fälligkeit eines inflationsindexierten Bundeswertpapiers soll aus dem Sondervermögen der Betrag gezahlt werden, um den der Rückzahlungsbetrag den Gesamtnennbetrag übersteigt. Dieser Betrag wird nachfolgend als Schlusszahlung bezeichnet.

Sonstige Extrahaushalte des Bundes

Bundesanstalt für Digitalfunk (BDBOS)
Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH (VIFG)
ÖPP Deutschland AG (Partnerschaften Deutschland)
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Extrahaushalte der Länder

Die Extrahaushalte der Länder umfassen die aus den Kernhaushalten ausgegliederten Hochschulen mit eigenem Rechnungswesen, ausgegliederte Statistische Ämter, die Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr, die Sondervermögen "Versorgungsrücklage", die Versorgungsfonds sowie sonstige finanziell bedeutsame Einrichtungen mit eigenem Rechnungswesen.

Extrahaushalte der Sozialversicherung

"Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit" sowie sonstige Extrahaushalte. Der Extrahaushalt "Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit" wurde zur Finanzierung der Versorgungsausgaben (Versorgungsaufwendungen und Beihilfen) für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, die Beamtinnen und Beamten sowie Beschäftigten mit einer Anwartschaft auf Versorgung der Bundesagentur für Arbeit errichtet. Der Versorgungsfonds ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen der Bundesagentur, das seit dem zweiten Vierteljahr 2008 in den vierteljährlichen Kassenergebnissen nachgewiesen wird.

9 Durchführung der Statistik

Datenaufbereitung

Zur besseren Vergleichbarkeit der verschiedenen öffentlichen Haushalte sind im Rahmen der finanzstatistischen Aufbereitung Zu- und Absetzungen an den gemeldeten Kassenergebnissen vorzunehmen:

Absetzungen

- Finanzstatistisch abgesetzt werden Ausgaben und Einnahmen, die zu Doppelzählungen innerhalb eines Einzelhaushalts führen. Bei Bund und Ländern sind dies die "haushaltstechnischen Verrechnungen" (durchlaufende Gelder u.a.), bei den kommunalen Haushalten die "inneren Verrechnungen", die Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie die kalkulatorischen Kosten und deren Einnahmegegenbuchungen.
- Bei der finanzstatistischen Zusammenfassung des Landeshaushalts Bremen mit den Haushalten der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven wird der Zahlungsverkehr zwischen diesen Gebietskörperschaften eliminiert.
- Die Gewerbesteuerumlage der Gemeinden/Gv. an Bund und Länder wird finanzstatistisch nicht unter den Ausgaben nachgewiesen, sondern von den Einnahmen der Gemeinden/Gv. aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital abgesetzt.
- Die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und dem Unterhaltsvorschussgesetz, die Lastenausgleichsleistungen, das Wohngeld, die Ausgaben für den Katastrophenschutz und alle anderen Leistungen für Rechnung des Bundes oder der Länder sowie die Erstattungen dieser Zahlungen werden - soweit statistisch gesondert erfasst - bei den Gemeinden/Gv. finanzstatistisch wie durchlaufende Gelder behandelt, d.h. eliminiert, da sie bei Bund, Lastenausgleichsfonds und Ländern als unmittelbare Ausgaben nachgewiesen werden.

Zusetzungen

- Im Bundeshaushalt und in den Haushalten einiger Länder werden die Kreditaufnahmen netto, in der finanzstatistischen Darstellung dagegen brutto, d.h. Aufnahme und Tilgung getrennt, nachgewiesen.
- Die Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder sowie die hierfür verwendeten Umsatzsteuereinnahmen werden beim Bund in Ausgabe und Einnahme brutto ausgewiesen (1.Vj. 2010: 3 187,9 Mill. Euro).

- Für den Landeshaushalt Rheinland-Pfalz wird der Nettonachweis der Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) auf den Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben umgestellt.

- Der Bund weist den Anteil der Länder an dem Aufkommen aus der Energiesteuer netto nach. Finanzstatistisch erfolgt eine Bruttostellung beim Bund in Einnahme und Ausgabe.

10 Finanzstatistische Begriffe

Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung

Summe aller Ausgaben und Einnahmen, die im Rahmen des Verwaltungsvollzugs sowie des Betriebs von Einrichtungen und Anstalten meistens regelmäßig anfallen und nicht vermögenswirksam sind (Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben und -einnahmen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Gebühreneinnahmen, Steuern), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Ausgaben/Einnahmen der Kapitalrechnung

Summe aller Ausgaben und Einnahmen, die eine Vermögensveränderung herbeiführen oder der Finanzierung von Investitionen anderer Träger dienen und keine besonderen Finanzierungsvorgänge darstellen (Baumaßnahmen, Erwerb und Veräußerung von Sachvermögen, für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen, Darlehensgewährungen und -rückflüsse), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen

Summe der Ausgaben / Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Haushaltstechnische Verrechnungen

Dies sind interne Verrechnungen (durchlaufende Gelder u.a.) in den öffentlichen Haushalten, die für die finanzstatistische Darstellung zur Vermeidung von Doppelzahlungen eliminiert werden (s.o. "Absetzungen").

Finanzierungssaldo

Saldo der bereinigten Ausgaben und Einnahmen zuzüglich bzw. abzüglich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen.

Besondere Finanzierungsvorgänge

sind die den Gesamthaushalt einer Körperschaft ausgleichenden periodenübergreifenden Finanztransaktionen:

Ausgaben

Schuldentilgung am Kreditmarkt
an die Sozialversicherung
an öffentliche Unternehmen und Ausland für
Ausgleichsforderungen
an sonstigen inländischen Kreditmarkt
Rückzahlung innerer Darlehen
Zuführung an Rücklagen
Deckung von Vorjahresfehlbeträgen

Einnahmen

Schuldenaufnahme am Kreditmarkt
von der Sozialversicherung
an sonstigen Kreditmarkt
Aufnahme innerer Darlehen
Entnahmen aus Rücklagen
Überschüsse aus Vorjahren
Münzeinnahmen

Kassenmäßiger Überschuss/Fehlbetrag (Mehrausgaben/ Mehreinnahmen)

Finanzierungssaldo zuzüglich/abzüglich der besonderen Finanzierungsvorgänge.

Schulden aus Kreditmarktmitteln

Als Schulden aus Kreditmarktmitteln gelten alle Kredite, die kassenmäßig vereinnahmt werden. Dazu zählen nicht die Kredite, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen aufgenommen werden (sogenannte Kassenkredite). Die Schulden der Gemeinden/Gv. aus Kreditmarktmitteln enthalten - abweichend von Fachserie 14 Reihe 5 - auch die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, da diese im Rahmen der vierteljährlichen Erhebungen nicht gesondert erfasst werden.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte umfassen lediglich die Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie die Restkaufgelder.

11 Zahlungsbereiche und finanzstatistische Bereinigung

Zahlungsbereiche

Bestimmte Zahlungen der öffentlichen Haushalte untereinander und mit anderen Bereichen, insbesondere laufende und investive Zuweisungen, Erstattungen, Schuldendiensthilfen, Zinsen und Darlehen, werden in den Tabellen einheitlich nach Bereichen (= Zahlungsgeber, Zahlungsempfänger) gegliedert. Unter dem "öffentlichen Bereich" werden hierbei neben den Gebietskörperschaften auch die Sozialversicherung (einschl. Bundesagentur für Arbeit), die Zweckverbände und die sonstigen juristischen Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit subsumiert.

Die Zahlungen an (von) Unternehmen, private (n) Haushalte (n) und an die (von der) übrige (n) Welt sind finanzstatistisch als Zahlungen an (von) "andere (n) Bereiche (n)" klassifiziert. Eine Ausnahme bilden die Zuschüsse für laufende Zwecke an Organisationen ohne Erwerbszweck (Staat: Gruppe 685) und die Erstattungen an "sonstige Bereiche" (Staat: Obergruppe 67), die vergleichbar mit dem Staatsverbrauch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als laufender Sachaufwand nachgewiesen werden.

Die Abgrenzung der einzelnen Bereiche richtet sich im wesentlichen nach den entsprechenden Vorschriften der staatlichen und kommunalen Haushaltssystematik (Gruppierungsplan).

Finanzstatistische Bereinigung

Durch die Zahlungen zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten ergeben sich bei der Zusammenfassung der Ergebnisse mehrerer Körperschaften oder Körperschaftsgruppen zu einer Darstellungsebene Doppelzahlungen. Die finanzstatistische Bereinigung dieser Doppelzahlungen kann dabei nicht bei den einzelnen Ausgabe- oder Einnahmearten, sondern nur global bei den Ausgabe- und Einnahmesummen erfolgen, indem die darin enthaltenen Zahlungen zwischen den einzelnen Körperschaften oder Körperschaftsgruppen - in Höhe der Zahlungseingänge - als Gesamtbetrag abgesetzt werden. Eine Ausnahme bilden die Schuldenaufnahmen bei Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit (Sozialversicherung), die - entsprechend der staatlichen Haushaltssystematik - als Zahlungen von anderen Bereichen (Kreditmarkt im weiteren Sinne) behandelt und daher bei der Bereinigung nicht berücksichtigt werden.

12 Ergebnisdarstellung

Veröffentlichungen

- Die vierteljährlichen Kassenergebnisse des integrierten öffentlichen Gesamthaushalts werden spätestens am letzten Werktag des Folgequartals in einer Pressemeldung veröffentlicht und sind im Internet unter www.destatis.de / Finanzen und Steuern / Öffentliche Haushalte / Ergebnisse und Informationen / Pressemitteilungen abrufbar. Die Pressemeldung enthält vorläufige und evtl. geschätzte Ergebnisse.
[Pressemeldungen](#)
- Die endgültigen Ergebnisse werden in der vorliegenden Fachserie 14, Reihe 2 kostenlos online veröffentlicht. Die Fachserie steht als Download unter www.destatis.de / Finanzen und Steuern / Publikationen zur Verfügung.
Die Ergebnisse für das 1.-4. Vierteljahr einschließlich Auslauferperiode eines Berichtsjahres werden nachrichtlich in der Fachserie 14, Reihe 2 für das 1.-4. Vierteljahr des Folgejahres veröffentlicht.
- Außerdem werden die Halbjahres- und Jahresergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts regelmäßig in Wirtschaft und Statistik, Heft 4 und 10 veröffentlicht und kommentiert (www.destatis.de / Publikationen / Wirtschaft und Statistik).
[WiSta](#)
- Basisdaten und grafische Darstellungen stehen außerdem im Internet unter www.destatis.de / Finanzen und Steuern zur Verfügung.
[Finanzen und Steuern](#)

Tabellenprogramm

In der vorliegenden Fachserie 14, Reihe 2 für das 1. Vierteljahr 2010 werden Eckwerte des öffentlichen Gesamthaushalts dargestellt. Auf die differenzierte Darstellung des 1. Vierteljahres wird aufgrund der eingeschränkten Aussagefähigkeit der kommunalen Kassenergebnisse verzichtet.

Darstellung der Ausgabe- und Einnahmearten

Die Ausgaben und Einnahmen sind in den Tabellen nach gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen geordnet. Durch die Gliederung der Ausgaben und Einnahmen in "laufende Rechnung", "Kapitalrechnung" und "besondere Finanzierungsvorgänge" werden dabei

- die dem laufenden Verbrauch dienenden Finanzvorfälle,
 - die im gesamtwirtschaftlichen Sinne vermögensverändernden Vorgänge und
 - die zur Deckung der Finanzierungslücke zwischen Ausgaben und Einnahmen bestimmten, periodenübergreifenden Finanzierungstransaktionen
- herausgestellt (s. Pkt. 10 "Besondere Finanzierungsvorgänge") und unter Berücksichtigung finanzstatistischer Zu- und Absetzungen (haushaltstechnische Verrechnungen u. Ä.) bis zum kassenmäßigen Abschluss fortgeführt.

13 Spezielle Hinweise

Nachweis der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV)

Die Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende werden nach dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Sozialgesetzbuch (SGB II) - Artikel 1 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt - gewährt. Die Durchführung obliegt der Bundesagentur für Arbeit, den sog. Optionsgemeinden bzw. den Arbeitsgemeinschaften zwischen Gemeinden und Bundesagentur für Arbeit. Der Bund trägt die Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende bis auf die von den Gemeinden zu tragenden Kosten für Unterkunft und Heizung, an denen sich der Bund jedoch beteiligt. Die Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende werden im öffentlichen Gesamthaushalt als direkte Leistungen des Bundes an die Berechtigten bzw. als zweckgebundene Zuweisungen im Rahmen des Zahlungsverkehrs nachgewiesen.

Die Leistungen der Gemeinden/Gv. werden zur Vermeidung von Doppelzahlungen ohne die von den sog. Optionsgemeinden durchgeführten Leistungen, die vom Bund getragen werden, dargestellt.

Die Zahlungen der Gemeinden/Gv. an die Arbeitsgemeinschaften sind bei den Ausgaben für Renten, Unterstützungen und ähnliches nachgewiesen.

Gewinnablieferung der Deutschen Bundesbank

Ab dem Haushaltsjahr 1989 hat der Bund den Nachweis seiner Einnahmen aus der Gewinnablieferung der Deutschen Bundesbank nach § 2 Abs. 2 des Bundeshaushaltsgesetzes (BGBl. I. 1989, S. 1) geändert. Die tatsächliche Gewinnabführung wird im Ist-Ergebnis in der Höhe als kassenwirksame Einnahme aus wirtschaftlicher Tätigkeit nachgewiesen.

Steuereinnahmen

In den vierteljährlichen Kassenergebnissen der öffentlichen Haushalte wird das kassenmäßige Ist-Ergebnis der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften im jeweiligen Berichtsvierteljahr nach der Verteilung der Gemeinschaftssteuern und der Gewerbesteuerumlage erfasst.

Zur inhaltlichen Abgrenzung des statistischen Nachweises der Steuereinnahmen in anderen Veröffentlichungen

(z.B. Reihe 4 der Fachserie 14: Steuerhaushalt) ist im einzelnen zu beachten, dass im vorliegenden Bericht

- die kommunalen Steuereinnahmen der Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin finanzstatistisch nicht den Steuern der Gemeinden/Gv., sondern den Steuern der Länder zugerechnet werden,
- die Anteile der Mehrwertsteuer, die der Bund als Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder zahlt, den Steuereinnahmen des Bundes und nicht denen der Länder zugerechnet werden (Bruttonachweis).
- die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer noch nach vorläufigen Berechnungen den einzelnen Haushaltsebenen zugewiesen sind,
- die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte um die Investitionszulage nach § 4 b Investitionszulagengesetz (BGBl. I. 1982, S. 646 ff.) gekürzt sind,

Nachweis der Kraftfahrzeugsteuer

Ab dem 1. Juli 2009 geht gem. Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (BGBl. I S. 606) die Ertragshoheit und die Verwaltungskompetenz für die Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund über. Für die daraus resultierenden Steuerausfälle und auf Grund der Aufhebung der bisherigen Beteiligung der Länder am Aufkommen der Maut für schwere Nutzfahrzeuge, erhalten die Länder gem. Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze (BGBl. I S. 1170) einen Kompensationsbetrag.

Personalausgaben

Ab dem 1. Vierteljahr 2006 tritt aufgrund des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst bei den Personalausgaben des Bundes und der Gemeinden/Gv. der Nachweis der Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die Stelle der Vergütungen der Angestellten und Löhne der Arbeiter (siehe hierzu Zuordnungsschlüssel für den Tabellenteil).

Bei den Haushalten der Länder entfällt die bisherige Trennung nach Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhnen ab dem 2. Vierteljahr 2007.

Ausgleichsforderungen

Nach den Regelungen der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion müssen bestehende Altschulden der öffentlichen Haushalte in der Bilanz der Deutschen Bundesbank ab dem 1.1.1994 mit einer Endfälligkeit versehen werden. Als "Altschulden" gelten die im Zusammenhang mit der Währungsreform von 1948 geschaffenen Ausgleichsforderungen, die Ende 1993 in Höhe von 4,4 Mrd. EUR zu Buche standen. Der Bund wird diese bisher unbefristeten Forderungen ab dem Jahr 2024 in zehn Jahressätzen tilgen.

Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit

Im vierten Quartal jedes Jahres werden diese "vorläufigen" Darlehen in Zuweisungen umgewandelt und daher bei den Darlehen ab- und den Zuweisungen zugesetzt.

Landeshaushalt Berlin

Die Daten umfassen in der vorliegenden Veröffentlichung Gesamtberlin. Eine Trennung in Ost und West ist finanzstatistisch nicht möglich. In den Ländersummen ist Gesamtberlin unter "Früheres Bundesgebiet" subsumiert, soweit nicht ein gesonderter Nachweis bei der Körperschaftsgruppe "Stadtstaaten" vorgesehen ist.

Länderfinanzausgleich

Daten zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen stehen im Internet unter [www.destatis.de/Finanzen und Steuern/](http://www.destatis.de/Finanzen%20und%20Steuern/) Öffentliche Haushalte/Ausgaben und Einnahmen/Tabellen zur Verfügung.

[Tabelle Länderfinanzausgleich](#)

Vergleichbarkeit der Daten

Durch die Darstellung des öffentlichen Gesamthaushalts einschließlich Extrahaushalte ab dem 1. Vierteljahr 2007 sind die vierteljährlichen Kassenergebnisse ab 2007 mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Qualität der Daten der Gemeinden/Gemeindeverbände im 1. Vierteljahr 2010

Bei den Ergebnissen für die öffentlichen Haushalte im 1. Vierteljahr 2010 ist zu berücksichtigen, dass auf den differenzierten Nachweis des Einzelquartals aufgrund der eingeschränkten Aussagefähigkeit der kommunalen Kassenergebnisse bis auf Weiteres verzichtet wird.

Durch die verstärkte Einführung der doppischen Buchführung bei den Gemeinden in mehreren Ländern ergeben sich zunehmend Schwierigkeiten bei den Vorjahresvergleichen. Fehlerhafte Nachweise der doppisch buchenden Kommunen und der vollständige Ausfall von statistischen Meldungen rufen zum Teil starke Verzerrungen hervor. Die Statistischen Ämter können aufgrund ihrer knappen Kapazitäten und der engen Termine der Kassenstatistik nicht alle unterjährigen Schwankungen im Laufe des Berichtsjahres ausgleichen.

Eckwerte der öffentlichen Haushalte im 1. Vierteljahr 2010* und 2009**

Mill. EUR

Ausgaben/ Einnahmen/ Schulden	Insgesamt ¹⁾	Bund ¹⁾	Sozial- versicherung ¹⁾	EU-Anteile	Länder ¹⁾	Gemeinden/Gv.
Bereinigte Ausgaben						
2010	289 311	93 669	127 755	8 089	77 027	41 162
2009	283 109	85 287	122 354	7 641	79 117	38 967
Veränderung in %	2,2	9,8	4,4	5,9	-2,6	5,6
Bereinigte Einnahmen						
2010	238 076	64 195	123 772	8 089	65 803	34 608
2009	245 058	67 891	118 061	7 641	65 877	35 846
Veränderung in %	-2,8	-5,4	4,8	5,9	-0,1	-3,5
Finanzierungssaldo						
2010	- 51 307	- 29 462	- 4 020	0	- 11 271	- 6 555
2009	- 38 057	- 17 393	- 4 305	0	- 13 237	- 3 122
Veränderung ²⁾ in Mill. EUR	- 13 250	- 12 069	285	0	1 966	- 3 433
Nettokreditaufnahme/-tilgung ³⁾						
2010	18 041	23 727	-	-	- 5 926	240
2009	7 735	14 913	-	-	- 6 302	- 876
Veränderung in Mill. EUR	10 306	8 814	-	-	376	1 116
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ⁴⁾						
31.03.2010	1 653 303	1 049 658	.	.	528 457	75 188
31.03.2009	1 544 320	979 354	.	.	489 599	75 366
Veränderung in Mill. EUR	108 983	70 304	.	.	38 858	- 178
Kassenverstärkungskredite ⁴⁾						
31.03.2010	57 992	16 248	.	.	4 441	37 303
31.03.2009	65 481	27 715	.	.	6 366	31 400
Veränderung in Mill. EUR	-7 489	-11 467	.	.	-1 925	5 903

*) Siehe Pkt. 13 Spezielle Hinweise in den methodischen Erläuterungen zur Qualität der Daten der Gemeinden/Gemeindeverbände.

**) Revidiertes Ergebnis.

1) Einschließlich Extrahaushalte

2) – = Verschlechterung des Saldos, kein Vorzeichen = Verbesserung des Saldos.

3) Nettotilgung = Negatives Vorzeichen.

4) 2009 Ergebnisse der jährlichen Schuldenstatistik ohne kommunale Extrahaushalte, teilweise geschätzt.

1 Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts - Kernhaushalte und Extrahaushalte -
1.1 Nach Arten und Körperschaftsgruppen
1. Vierteljahr 2010*)
Mill. EUR

Lfd. Nr.	Art der Ausgaben/Einnahmen/Schulden	Insgesamt 1)	Bund 1)	Sozial-versicherung 1)	EU-Anteile	Länder 1)	Gemeinden/Gv.
Ausgaben							
1	Personalausgaben	55 002	11 096	3 965	-	29 632	10 309
2	Laufender Sachaufwand	66 900	4 162	46 308	-	7 353	9 077
	Zinsausgaben						
3	an öffentlichen Bereich	.	4	-	-	75	.
4	an andere Bereiche	.	12 845	43	-	7 532	.
	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse						
5	an öffentlichen Bereich	.	47 510 a)	2 509	-	18 754	.
6	an andere Bereiche	.	13 937	77 244	8 089	9 434	.
7	Übrige laufende Ausgaben	69	-	-	-	69	-
8	abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	.	3 735	2 599	-	4 199	.
9	Ausgaben der laufenden Rechnung	.	85 818	127 471	8 089	68 649	.
10	Sachinvestitionen	6 784	1 010	182	-	1 965	3 628
11	Baumaßnahmen	4 006	654	22	-	618	2 712
12	Erwerb von Sachvermögen	.	305	160	-	273	.
13	Sonstige Sachinvestitionen	1 125	51	-	-	1 074	-
	Vermögensübertragungen						
14	an öffentlichen Bereich	.	1 483	-	-	2 560	.
15	an andere Bereiche	.	2 756	7	-	1 480	.
	Darlehen						
16	an öffentlichen Bereich	.	0	-	-	368	.
17	an andere Bereiche	.	638	1	-	1 423	.
18	Erwerb von Beteiligungen	.	1 966	94	-	551	.
19	Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	.	-	-	-	198	.
20	Sonstige Ausgaben	149	-	-	-	149	-
21	abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	.	1	-	-	317	.
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	.	7 851	284	-	8 378	.
23	Bereinigte Ausgaben	289 311	93 669	127 755	8 089	77 027	41 162
Einnahmen							
24	Steuern und steuerähnliche Abgaben	209 388	52 851 a)	93 223	8 319	45 328	9 667
25	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	.	4 552	6	-	910	.
	Zinseinnahmen						
26	vom öffentlichen Bereich	.	4	-	-	29	.
27	von anderen Bereichen	.	157	247	-	278	.
28	nicht aufteilbar	13	0	-	-	12	-
	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse						
29	vom öffentlichen Bereich	.	4 203	32 032	-	14 244	.
30	von anderen Bereichen	.	2 648	668	- 230	1 435	.
31	Sonstige laufende Einnahmen	.	2 149	118	-	3 218	.
32	abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	.	3 735	2 599	-	4 199	.
33	Einnahmen der laufenden Rechnung	.	62 830	123 695	8 089	61 256	.
34	Veräußerung von Vermögen	.	401	61	-	98	.
	Vermögensübertragungen						
35	vom öffentlichen Bereich	.	2	-	-	2 122	.
36	von anderen Bereichen	.	94	-	-	782	.
	Darlehensrückflüsse						
37	vom öffentlichen Bereich	.	260	-	-	218	.
38	von anderen Bereichen	.	610	17	-	1 288	.
39	Schuldenaufnahmen beim öffentlichen Bereich	.	-	-	-	356	.
40	abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	.	1	-	-	317	.
41	Einnahmen der Kapitalrechnung	.	1 365	78	-	4 547	.
42	Bereinigte Einnahmen	238 076	64 195	123 772	8 089	65 803	34 608
Finanzierungsübersicht							
43	Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	- 72	13	- 37	-	- 47	- 0
44	Finanzierungssaldo	- 51 307	- 29 462	- 4 020	0	- 11 271	- 6 555
Besondere Finanzierungsvorgänge							
45	Ausgaben	.	69 047	295	-	29 156	.
46	Schuldentilgung am Kreditmarkt	.	68 255	-	-	28 963	.
47	Rückzahlung Innerer Darlehen	.	-	-	-	-	.
48	Zuführungen an Rücklagen	.	792	286	-	38	.
49	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	.	-	8	-	155	.
50	Einnahmen	.	93 843	4 315	-	24 282	.
51	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	.	91 982	-	-	23 037	.
52	Innere Darlehen	.	-	-	-	-	.
53	Entnahmen aus Rücklagen	.	1 954	4 315	-	1 048	.
54	Überschüsse aus Vorjahren	197	-	-	-	197	-
55	Münzeinnahmen	- 93	- 93	-	-	-	-
56	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	.	- 4 666	0	0	- 16 145	.
Schulden							
57	Kreditmarktschulden im weiteren Sinne	1653 303	1049 658	.	.	528 457	75 188
58	Schulden bei öffentlichen Haushalten	23 921	747	.	.	18 841	4 333
59	Kassenverstärkungskredite	57 992	16 248	.	.	4 441	37 303

*) Siehe Pkt. 13 Spezielle Hinweise in den methodischen Erläuterungen zur Qualität der Daten der Gemeinden/Gemeindeverbände.

1) Einschl. Extrahaushalte.

a) Einschl. Ergänzungszuweisungen, Betrag siehe Pkt. 9 der methodischen Erläuterungen.

**Zuordnungsschlüssel für den Tabellenteil
Tabelle 1.1**

Art der Ausgaben	Bund / EU / Sozial- versicherung / Länder	Gemeinden/ Gv.	Zeilennummer der
	Gruppierungsnummer		Tab. 1.1
AUSGABEN			
Personalausgaben	4	40-46	1
Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	41	40	-
Beamtenbezüge	421, 422, 423, 424	410, 411, 440,	-
Angestelltenvergütungen	425	-	-
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	428	414, 444	-
Arbeiterlöhne	426	-	-
Beschäftigungsentgelte u.ä.	427, 429	416, 448	-
Versorgungsbezüge und dgl.	43	42, 43	-
Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	44	45	-
Personalbezogene Sachausgaben	45	46	-
Laufender Sachaufwand	51-55, 67, 686	50-66, 675-678, 840, 841, 845	2
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	519, 521	50, 51	-
Bewirtschaftung der Grundstücke	517	54	-
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	51-54 (ohne 517, 519, 521)	52-66, 840, 841, 845 (ohne 54)	-
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	55	-	-
Erstattungen an andere Bereiche	67	675, 676, 678	-
Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	686	-	-
Zinsausgaben			
an öffentlichen Bereich	56	800-803	3
an andere Bereiche	57	804-808	4
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen			
an Länder	612	821, 831	5 *)
an Gemeinden/Gv.	613	822, 832	5 *)
an sonstigen öffentlichen Bereich	611, 614, 616, 617	823, 824, 833	5 *)
Sonstige lfd. Zuweisungen und Zuschüsse			
an öffentlichen Bereich	62, 63	670-674, 710-714, 720-724	5 *)
an Bund	621, 631	670, 710, 720	-
an Sondervermögen	624, 634	-	-
an Länder	622, 632	671, 711, 721	-
an Gemeinden/Gv.	623, 633	672, 712, 722	-

**Zuordnungsschlüssel für den Tabellenteil
Tabelle 1.1**

Art der Ausgaben	Bund / EU / Sozial- versicherung / Länder	Gemeinden/ Gv.	Zeilennummer der
	Gruppierungsnummer		Tab. 1.1
an Zweckverbände	627, 637	673, 713, 723	-
an Sozialversicherungsträger	626, 636	674, 714, 724	-
an andere Bereiche	66, 68 (ohne 686)	691-693, 715-718, 725-728, 73-77, 79 781-785, 788	6
Renten, Unterstützungen u. ähnliches	681	691-693, 73-77, 79, 781-785, 788	-
an Sonstige	66, 682-685, 687, 688	715-718, 725-728	-
an öffentliche Unternehmen	661, 682	715, 716, 725, 726	-
sonstige an Unternehmen	662-664, 683, 685	717, 727, 728	-
an soziale und ähnliche Einrichtungen	684	718	-
an übrige Welt	666, 687, 688	-	-
Übrige laufende Ausgaben	X	X	7
abzügl. Zahlungen von gleicher Ebene	X	X	8
Ausgaben der laufenden Rechnung	X	X	9
Sachinvestitionen	7, 81, 82	932, 935, 94	10
Baumaßnahmen	7	94	11
Erwerb von Sachvermögen	81, 82	932, 935	12
Erwerb von unbeweglichen Sachen	82	932	-
Erwerb von beweglichen Sachen	81	935	-
Sonstige Sachinvestitionen	X	X	13
Vermögensübertragungen			
Zuweisungen und Zuschüsse f. Investitionen			
an öffentlichen Bereich	881-884, 886, 887	980-984, 997	14 *)
an Bund	881	980	-
an Länder	882	981	-
an Gemeinden/Gv.	883	982	-
an Zweckverbände	887	983	-
an sonstigen öffentlichen Bereich	884, 886	984, 997	-
an andere Bereiche	89	985-988	15 *)
Sonstige Vermögensübertragungen			
an öffentlichen Bereich	691-693	-	14 *)
an andere Bereiche	697-699	990, 991	15 *)

**Zuordnungsschlüssel für den Tabellenteil
Tabelle 1.1**

Art der Ausgaben	Bund / EU / Sozial- versicherung / Länder	Gemeinden/ Gv.	Zeilennummer der
	Gruppierungsnummer		Tab. 1.1
Darlehen			
an öffentlichen Bereich	851-854, 856, 857	920-924	16
an Länder	852	921	-
an Gemeinden/Gv.	853	922	-
an Zweckverbände	857	923	-
an sonstigen öffentlichen Bereich	851, 854, 856	920, 924	-
an andere Bereiche	86, 87	925-928	17
Erwerb von Beteiligungen	83	930	18
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	58	970-973	19
Sonstige Ausgaben	X	X	20
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	X	X	21
Ausgaben der Kapitalrechnung	X	X	22
Bereinigte Ausgaben	X	X	23
Zu- und Absetzungen			
abzüglich Sonderhaushalte	X	-	-
abzüglich Bruttostellungen	X	-	-
zuzüglich Nettostellungen	98	638 aus A14/679, 680, 685, 689/ 717 aus UA291/ 78 aus UA480, 481, 488/809, 810, 86, 90	-
Summe lt. Abschlußnachweis der Kassen	X	X	-

*) Doppelte Zeilennummern (=Summennachweis)

**Zuordnungsschlüssel für den Tabellenteil
Tabelle 1.1**

Art der Einnahmen	Bund / EU / Sozial- versicherung / Länder	Gemeinden/ Gv.	Zeilennummer der
	Gruppierungsnummer		Tab. 1.1
EINNAHMEN			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	0 (ohne 092)	00-03 ./ 810	24
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	12	13, 14, 21, 22	25
Zinseinnahmen			
vom öffentlichen Bereich	151-154, 156, 157	200-204	26
von anderen Bereichen	16	205-208	27
nicht aufteilbar	X	X	28
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen			
von Ländern	212	041, 051, 061, 091, 092, 093	29 *)
von Gemeinden/Gv.	213	052, 062, 072	29 *)
vom sonstigen öffentlichen Bereich	211, 214, 216, 217	060	29 *)
Sonstige lfd. Zuweisungen und Zuschüsse			
vom öffentlichen Bereich	22, 23	160-164,170-174, 191, 230-234	29 *)
vom Bund	221, 231	160, 170, 230,	-
von Sondervermögen	224, 234	-	-
von Ländern	222, 232	161, 171, 191, 231	-
von Gemeinden/Gv.	223, 233	162, 172, 232	-
vom sonstigen öffentlichen Bereich	226, 227, 235, 236, 237,	163, 164, 173, 174, 233, 234	-
von anderen Bereichen	112, 26, 27, 28	165-168,175-178, 235-238, 241-249, 251-259, 260, 261, 262, 268	30
Sonst. Einnahmen der laufenden Rechnung	111, 119	10-12, 15, 263, 265	31
Gebühren, sonstige Entgelte	111	10-12, 263	-
sonstige Verwaltungseinnahmen	119	15, 265	-
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	X	X	32
Einnahmen der laufenden Rechnung	X	X	33
Veräußerung von Vermögen	13	33, 34	34
Veräußerung von Sachvermögen	131, 132	34	-
Veräußerung von Beteiligungen	133, 134	33	-
Vermögensübertragungen			
Zuweisungen und Zuschüsse f. Investitionen			
vom öffentlichen Bereich	33	360-364	35 *)
vom Bund	331	360	-
von Sondervermögen	334	-	-
von Ländern	332	361	-
von Gemeinden/Gv.	333	362	-
vom sonstigen öffentlichen Bereich	336, 337	363, 364	-

**Zuordnungsschlüssel für den Tabellenteil
Tabelle 1.1**

Art der Einnahmen	Bund / EU / Sozial- versicherung / Länder	Gemeinden/ Gv.	Zeilennummer der
	Gruppierungsnummer		Tab. 1.1
von anderen Bereichen	34	35, 365-368	36 *)
Sonstige Vermögensübertragungen			
vom öffentlichen Bereich	291-293	-	35 *)
von anderen Bereichen	297-299	-	36 *)
Darlehensrückflüsse			
vom öffentlichen Bereich	171-174, 176, 177	320-324	37
von Ländern	172	321	-
von Gemeinden/Gv.	173	322	-
von Zweckverbänden	177	323	-
vom sonstigen öffentlichen Bereich	171, 174, 176	320, 324	-
von anderen Bereichen	14, 18	325-328	38
Schuldenaufnahmen beim öffentl. Bereich	311-314, 317	370-373	39
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	X	X	40
Einnahmen der Kapitalrechnung	X	X	41
Bereinigte Einnahmen	X	X	42
Zu- und Absetzungen			
abzüglich Sonderhaushalte	X	-	-
abzüglich Bruttostellungen	X	-	-
zuzüglich Nettostellungen	38	169, 209, 27, 28, 30, 810, 160 aus A14, 160 aus UA480, 161 aus UA291, 481, 488	-
Summe lt. Abschlußnachweis der Kassen	X	X	-

*) Doppelte Zeilennummern (=Summennachweis)

**Zuordnungsschlüssel für den Tabellenteil
Tabelle 1.1**

Art der Ausgaben / Einnahmen	Bund / EU / Sozial- versicherung / Länder	Gemeinden/ Gv.	Zeilennummer der
	Gruppierungsnummer		Tab. 1.1

FINANZIERÜBERSICHT

Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	X	X	43
Finanzierungssaldo	X	X	44

BESONDERE FINANZIERUNGSVORGÄNGE

Ausgaben

Schuldentilgung am Kreditmarkt	59	974-978	46
an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	592	974	-
an öffentl. Unternehmen und Ausland	591, 596	975, 976	-
für Ausgleichsforderungen	593	-	-
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	595	977, 978	-
Rückzahlung Innerer Darlehen	-	979	47
Zuführung an Rücklagen	91	91	48
Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	96	892, 992	49

Einnahmen

Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	32	374-378	51
von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	322	374	-
an sonstigem Kreditmarkt	32 (ohne 322)	375-378	-
Innere Darlehen	-	379	52
Entnahmen aus Rücklagen	35	31	53
Überschüsse aus Vorjahren	36	-	54
Münzeinnahmen	092	-	55